

**Informationsbüro der  
Deutschen Caritas und Diakonie  
in Pristina**

**Monatsbericht  
April 2002**

- 1 – Einleitung**
- 2 – Mazedonien**
- 3 – Serbien**
- 4 – Verschiedenes**

**1 - Einleitung**

Michael Steiner, seit dem 14. Februar 2002 neuer Abgesandter des UNO Generalsekretärs im Kosovo, schlägt sich tapfer. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger Hans Hakkerup, der sich vorwiegend in Belgrad aufzuhalten schien, versucht Steiner, den Einfluß der serbischen Hauptstadt auf den Kosovo und die UNMIK-Verwaltung so gering wie möglich halten.

Die neuesten Ereignisse in der geteilten Stadt Mitrovica aber erschweren seine Bemühungen erheblich. Am 8. April verhaftete UN-Polizei den Anführer der sogenannten Bridgewarter, die seit Ende des Konflikts die hauptsächlich serbische Nordseite der Stadt illegal patrouillieren und Albaner schikanieren und vom Betreten des Nordteils abhalten.

Schon unter der UNMIK-Leitung von Dr. Bernard Kouchner hielten Albaner und internationale Gemeinschaft die UNMIK-Polizei und KFOR dazu an, gegen diese offensichtlich von Belgrad gesteuerte Truppe vorzugehen, doch erst jetzt wurde zum ersten Mal zugeschlagen.

Wie zu erwarten, wehrten sich die Bridgewarter und es kam zu massiven Straßenschlachten, bei denen 22 internationale Polizisten und 5 Serben durch Steine, Kugeln und Granaten verletzt wurden, einer lebensgefährlich<sup>1</sup>.

Seither gruppiert sich die dortige serbische Bevölkerung zu Demonstrationen, UNMIK zieht das im Norden postierte zivile Personal zurück und die Polizei patrouilliert nicht mehr auf den Straßen des Nordteils. Seit ein paar Tagen arbeiten einige Internationale wieder in den 3 serbischen Gemeinden nördlich von Mitrovica.

Beunruhigender aber als diese Ausschreitungen ist die grundsätzliche Haltung nicht nur der serbischen Bevölkerung des kosovarischen Nordens, sondern vor allem der Politiker. Der Präsident des serbischen Nationalrates in Kosovo, Milan Ivanovic, sowie Gojko Savic, Abgeordneter des kosovarischen Parlaments und Direktor der serbischen Universität im Norden Mitrovicas, nahmen an den Protesten gegen die Festnahme des Bridgewarters teil und riefen die Serben des Kosovo auf, die internationale Administration im Kosovo zu boykottieren.

---

<sup>1</sup> UNMIK Press Briefing, 9. April 2002, sowie alle lokalen Zeitungen

Auch der serbische Vize-Ministerpräsident und Sonderbeauftragter für den Kosovo Covic verlangt von Steiner mehr Einfluß der Serben in der kosovarischen Regierung.

Nur Rada Trajkovic, Präsidentin der serbischen Partei im Kosovo, macht den Bridgewarter für illegales Verhalten verantwortlich und ruft zur Mäßigung und Mitarbeit mit UNMIK und den Albanern auf.

Michael Schmunck, Leiter des Deutschen Verbindungsbüros, liegt auf einer Linie mit Herrn Steiner. Obwohl das Leben der Serben im Kosovo alles andere als einfach ist – im Gegensatz zum albanischen Teil Mitrovicas sind die Geschäfte im Norden leer und die Armut ist überwältigend – so bestätigt er, daß die internationale Gemeinschaft eine Abtrennung des serbischen Nordens vom Kosovo nicht zulassen wird.

In letzter Instanz hat sich Michael Steiner nun an den Bischof der orthodoxen Kirche im Kosovo Artemje gewandt, um ihn zur Mäßigung seines Volkes zu bewegen, da die Ereignisse in Mitrovica den Rückkehrprozeß der Serben in den Kosovo sehr erschweren, wenn nicht für eine lange Zeit wieder unmöglich machen werden. Dieses Vorgehen wird von den Serben hier jedoch als Beleidigung angesehen.

Und dies wäre traurig, denn nicht nur geht es den serbischen intern Vertriebenen in Serbien selbst wirtschaftlich schlecht, sondern es gibt auch einige positive Anzeichen der Annäherung der albanischen und serbischen Bevölkerung, zumindest in einigen Gebieten, die allerdings durch solche Negativbeispiele wieder zunichte gemacht werden könnten.

In Orahovac/Rahovec im Süden des Kosovo zum Beispiel, leben Albaner und Serben (um die 600)/ Roma (ca. 400) zwar durch eine von der deutschen KFOR bewachten Grenzlinie getrennt, doch in einem Gespräch mit dem serbischen Mitarbeiter Hemanja Vitosevic von UNHCR (am 10. April) stellte sich heraus, daß wenn auch noch keine Serben, doch wenigstens Roma sich wieder relativ frei im albanischen Teil der Stadt bewegen und daß einige Albaner begonnen haben, alte serbische Freunde im Nordteil zu besuchen.

Wirtschaftlich gesehen geht es den Minderheiten in dieser Stadt jedoch noch denkbar schlecht und die meisten sind weiterhin von Nahrungsmittellieferungen der Hilfsorganisationen anhängig.

Von den ca. 600 Serben haben ungefähr 100 ein Einkommen, sei es durch kleine Geschäfte oder Gehälter bzw. Mieten von den Hilfsorganisationen. Der Rest lebt von den 60 € der Sozialhilfe.

Die Emigration der dortigen Serben ist seit sechs Monaten einigermaßen stabil, wenn auch von den 24.000 Serben, die seit dem Krieg zurückgekommen sind, nur wenige – zumeist ältere Menschen – geblieben sind.

Die japanische Regierung hat eine multiethnische Grundschule in Orahovac/Rahovec gebaut, die jedoch bisher nur von albanischen und Roma/Ashkalikindern besucht wird.

Eines der größten Hindernisse für die Stabilität und Entwicklung des Kosovo ist die traurige Tatsache, dass die Gesetze immer noch nicht beachtet wird.

Eine Zivilgesellschaft kann nicht funktionieren, wenn Polizisten tötlich angegriffen werden, weil sie Strafzettel verteilen und wenn weder Strom- noch Wasserrechnungen beglichen werden. Zudem gibt es immer wieder Tote und Verletzte durch illegale Kriegswaffen, die trotz einer erneuten Amnestiephase noch immer nicht freiwillig abgegeben werden.

## 2 – Mazedonien

Die so sehr befürchtete Frühlingsoffensive der albanischen Kampftruppen wird sicher nicht stattfinden, dafür aber sorgten inneralbanische Kämpfe vor kurzem für weitere Tote, als eine Splittergruppe der NLA (albanische nationale Befreiungsarmee) sich mit dieser in der Nähe von Tetovo blutige Gefechte lieferte.

Dieses Ereignis demonstriert, daß sich noch immer viele Waffen in den Händen der ehemaligen Guerillas befinden, trotz der Entwaffnung letztes Jahr durch die NATO. Dies wird Öl in das Feuer der extremistischen Mazedonier gießen, die sich der Amnestie für ehemalige NLA-Angehörige widersetzen.

Ein zu erwartendes Problem zwischen Mazedonien und dem Kosovo resultiert aus der im letzten Bericht beschriebenen Grenzverschiebung. Obwohl Michael Steiner ein Expertenkomitee zusammen mit dem mazedonischen Präsidenten Trajkovski im März erstellt hat<sup>2</sup>, gibt es noch keine sichtlichen Ereignisse von deren Bemühungen.

Einwohner des Dorfes Sllubica in der Nähe von Gjilan zum Beispiel beschwerten sich bei der Verwaltung, daß sie ihr Land nicht bearbeiten können, sondern von der mazedonischen Armee daran gehindert werden<sup>3</sup>.

Sollte das Komitee nicht bald schlichtend eingreifen, könnte auch dies wieder zu einem Anlaß für Auseinandersetzungen werden.

Für die größte Unzufriedenheit in Mazedonien aber sorgt die Korruption. Laut Bericht der International Crisis Group (ICG)<sup>4</sup> „bedroht die Korruption in Mazedonien das Überleben des Staates. Sogar die albanische Minderheitenbeteiligung in der Regierung basiert auf Korruption – sie bekommt ein Drittel des von der mazedonischen Regierung angesammelten Korruptionszahlungen.“<sup>5</sup>

Eine Befragung der Bevölkerung ergab, daß 88.6% der Befragten der Meinung sind, daß die Regierung im Zentrum der Korruption steht und daß dies das dritt größte Problem Mazedoniens ist – größer als die interethnischen Spannungen! Nur Armut und Arbeitslosigkeit gelten als noch bedrückender<sup>6</sup>.

Bisher hat die Regierung wenig gegen diese Anschuldigungen unternommen, von 200 Beschuldigten steht nur ein einziger vor Gericht.

Bedenklich ist zudem die Haltung der Gebergemeinschaft: Premierminister Georgievski kam kürzlich von einer Reise nach Brüssel mit sogar mehr Geld mit, als er

---

<sup>2</sup> UNMIK Chronicle No. 21, 18-24 March

<sup>3</sup> UNMIK, Media Monitoring, 7. April 2002

<sup>4</sup> ICG: *Finance peace in Macedonia, not corruption*, März 2002

<sup>5</sup> Übersetzung Ch. K.

<sup>6</sup> Befragung durch die NGO Transparency International

eigentlich erbeten hatte – und die ohne Bedingung, die Hilfe von Schritten gegen die Korruption abhängig zu machen.<sup>7</sup>

### 3 – Serbien

Der lange geplante Besuch in Serbien hat nun endlich stattgefunden, aber ich muß natürlich noch einmal betonen, daß eine Fahrt dorthin 8 Stunden dauert und nicht alle zwei Wochen unternommen werden kann, vor allem, weil wir wie jeden Frühling von Einzelanfragen zum Kosovo überschwemmt werden.

Was ich Ihnen bieten kann, sind vor allem Auskünfte aus einer Liste von allen lokalen und internationalen Agenturen in Serbien, an die ich mich – oder Sie sich selbst – bei Detailfragen wenden können.

Daß die politische Lage in Serbien prekär ist, brauche ich sicher nicht zu erwähnen und eine Analyse würde den Rahmen dieses Berichts sprengen.

Positiv zu vermerken ist jedoch, daß die serbische Regierung endlich der Forderung UNMIKs und der Albaner nachgegeben hat und alle 146 Albaner, die seit dem Konflikt in serbischen Gefängnissen festgehalten wurden, an den Kosovo ausgeliefert hat.

Dies kann sicher als großer Schritt in Richtung Versöhnung betrachtet werden.

Um einen Überblick über die wirtschaftliche Lage zu geben, halte ich mich vor allem an die ausführliche Analyse der Welternährungsorganisation (WFP) vom Juni 2001<sup>8</sup>, die sich im wesentlichen zum schlechteren hin verändert hat.

Serbien hat 8,807,00 Einwohner (Vojvodina eingeschlossen).

Zwischen 1990 und 2000 hat die Bevölkerung Serbiens mehrere Schocks erlitten, wie der Übergang von sozialistischer zur freien Marktwirtschaft, die Desintegration des ehemaligen Jugoslawiens, Kriege mit Nachbarländern, internationale Sanktionen, Hyperinflation und die NATO-Bombardierung. Die Konsequenz war eine drastische Reduzierung des Bruttoinlandproduktes.

Der Konsum in Serbiens armen Haushalten liegt mittlerweile auf der Stufe von Dritte-Welt-Ländern.

Die wichtigsten Gründe für diese Armut sind:

- Stark reduzierte Einkommen
- Limitierte Arbeitsplätze
- Bedeutende Abnahme der staatlichen Sozialleistungen

Dies gilt für alle Bevölkerungsschichten. Die Tiefe der Armut in Serbien steigt kontinuierlich und zwar nicht nur unter den üblichen Gruppen der Ärmsten – Rentnern, alleinerziehenden Müttern und Arbeitslosen. Über 50% der Armen in Serbien sind erwerbstätig, aber mit Gehältern, die unter der Armutsgrenze liegen.

---

<sup>7</sup> Institute for War and Peace Reporting (IWPR), Balkan Crisis Report No. 328, 4 April 2002

<sup>8</sup> World Food Program, *Poverty in Serbia*, June 2001

Die Armut betrifft Städter mehr als Menschen aus ländlichen Gegenden. 80% der Armen leben in Städten.

Durch die oben erwähnte Krisen verschlechtern sich auch langsam die Bildungs- und Gesundheitssysteme.

### **a – Flüchtlinge und intern Vertriebene**

Die Armut unter diesen beiden Gruppen ist sehr viel höher als unter Einheimischen, da sie u.a. ihr Eigentum meist nicht mitnehmen konnten und Mieten zahlen müssen

Es leben noch ungefähr 190.000 Intern Vertriebene aus dem Kosovo in Serbien. Ihre wirtschaftliche Situation ist schwer zu eruieren, da viele keine Angaben machen wollen, aus Angst Unterstützung zu verlieren.

Dennoch schätzt WFP, daß ungefähr 46.000 der intern Vertriebenen unter der unteren Armutsgrenze leben.

Bei diesen Menschen handelt es sich in erster Linie um Roma<sup>9</sup>. Nicht nur leben sie in den unbeschreiblichsten Behausungen, haben kaum Einkommen, sondern sind zusätzlich auch noch wachsender Diskriminierung ausgesetzt.

Seit ein paar Wochen hat die Regierung ein Minderheitengesetz<sup>10</sup> verabschiedet, daß alle Minderheiten vor Diskriminierung schützen soll und ihnen das Recht auf kulturelle und sprachliche Entfaltung garantieren soll, doch wird die Akzeptanz durch die Bevölkerung sicher noch einige Zeit dauern.

Natasa Kandic, die Direktorin des „Centrum for Human Laws“ in Belgrad, beklagt, daß für die 46 angezeigten Mißhandlungen von Roma seit dem Sturz Milosevics noch niemand bestraft worden ist. Sie sieht dies als Beweis für das mangelnde Interesse der Regierung<sup>11</sup>.

Noch schlimmer - selbst Politiker und Priester machen ungestraft antisemitische und andere diskriminierende öffentliche Aussagen, unterstützt von der Presse<sup>12</sup>.

Die hohe Arbeitslosigkeit und ein generelles Gefühl der Perspektivlosigkeit verstärken die aggressive Haltung in der Bevölkerung.

Belgrads Roma leben in ungefähr 150 Slums, die denen in Afrika oder Südamerika an Armut, Schmutz und Schäbigkeit in nichts nachstehen. Ihre Kinder spielen in Pfützen aus Abwässern aus den Sickergruben.

Als ich durch Belgrad fuhr, eine durchaus attraktive, weltoffene Stadt, sah ich überall an Hängen kleine Hütten, in denen Roma sich niedergelassen haben. Die Behausungen bestehen aus Karton, rostigem Metall und Brettern.

70% der Roma Haushalte haben kein fließendes Wasser, 84% keine Kanalisation und nur 8% besitzen ein Badezimmer<sup>13</sup>.

---

<sup>9</sup> Der Einfachheit halber fassen wir in diesem Bericht die Gruppen Roma, Ashkali und Ägypter unter dem Sammelbegriff Roma zusammen

<sup>10</sup> *The Law on the Protection of Rights and Freedoms of National Minorities*

<sup>11</sup> IWPR, Balkan Crisis Report, No. 323, 13 March 2002

<sup>12</sup> ICG, *Belgrade's Lagging Reform: Cause for International Concern*, 7 March 2002

Am schlimmsten betroffen sind die intern vertriebenen Roma aus dem Kosovo. Da die Lebensbedingungen der serbischen Roma ohnehin kaum menschenwürdig sind, kreieren Neuankömmlinge große Spannungen. Ressourcen und Platz sind zu karg zum teilen. Da viele der Slums illegal gebaut wurden, finden immer mehr Vertreibungen statt.

Aus Angst, wieder in den Kosovo zurückgeschickt zu werden, melden sie sich oft nicht bei der Verwaltung und erhalten so auch keinerlei Hilfen.

Ihre genaue Zahl ist nicht bekannt, sie haben sich nach ihrer Ankunft aus dem Kosovo ohne Identitätspapiere in den Städten Serbiens niedergelassen. Goran Basic, der Seniorberater des Ministeriums „für Nationale und Ethnische Gruppen“<sup>14</sup> erzählte von neun Familien aus dem Kosovo, die sich mit ihren 52 Mitgliedern auf einem Feld in Belgrad niederließen und vor kurzem von dort vertrieben wurden. Der Staat kann keinen Alternativwohnsitz bieten, da es in der serbischen Staatskasse kein Budget dafür gibt. Und so werden sie wahrscheinlich einfach auf ein anderes Feld ziehen, bis sie auch von dort vertrieben werden.

Auch UNHCR oder OSCE haben kein Geld für diese Art von Hilfe und die lokalen Organisationen baten mich um finanzielle Hilfe, die ich jedoch als Infostelle auch nicht anbieten konnte..

Alleine in Belgrad befinden sich derzeit etwa 70.000 Intern Vertriebene, in ganz Serbien 450.000. Laut Herr Basic ist der serbische Staat in keinster Weise fähig, die Probleme dieser Menschen auch nur anzugehen, geschweige denn könnte er mit einer neuen Anzahl von Rückkehrern fertig werden. Herr Basic fürchtet, daß im Falle der Rückkehr einer größeren Anzahl von Flüchtlingen aus dem Westen neue ethnische Konflikte ausbrechen könnten, durch die die prekäre wirtschaftliche Lage nur noch verschlimmert würden.

## **b - Südserbien**

In Südserbien werden bald lokale Wahlen stattfinden. Die OSZE beobachtet die Vorbereitungen. Mit diesen Wahlen hoffen die Albaner die lange vermißte Repräsentation in den lokalen Institutionen zu gewinnen und rufen alle Intern Vertriebenen, die sich zumeist noch im Kosovo aufhalten auf, zurückzukommen und sich an der Volksregistrierung zu beteiligen<sup>15</sup>.

Unterdessen finden jedoch noch immer bewaffnete Überfälle auf serbische Soldaten statt und es werden ständig versteckte Kriegswaffen entdeckt<sup>16</sup>.

## **4 - Verschiedenes:**

### **a – Wasserversorgung**

Immer wieder erreichen uns Anfragen über die Wasserversorgung im Kosovo, die für einige kranke Menschen von entscheidender Bedeutung ist.

---

<sup>13</sup> Society for the Improvement of Local Roma Communities, Belgrad, Gespräch mit Milos Petrovic am 2. März 2002

<sup>14</sup> Gespräch am 28.3.2002

<sup>15</sup> Koha Ditore, 19.3.2002

<sup>16</sup> UNHCR, Belgrad, 5.4.2002

Letzte Woche erreichte uns eine Anfrage über die Behandlungsmöglichkeit eines schwer geistig behinderten Menschen, der aus Deutschland in den Kosovo zurückgeführt werden soll. Für ihn sind tägliche warme Duschen gesundheitsbedingt erforderlich.

KFOR beschreibt die Wassersituation in ihrer Zeitung *Dialogue*<sup>17</sup> sehr deutlich. Demzufolge beträgt der Wasserverbrauch im Kosovo im Durchschnitt 345 l Wasser pro Person und Tag, im Gegensatz zu 135 l in Deutschland. Der Niederschlag aber beträgt nur 600 mm jährlich, im Vergleich zu 1.000 mm in Deutschland.

Eine Person verbraucht im Kosovo normalerweise rund 120 l pro Tag. Wofür wird also der Rest verbraucht? Dafür gibt es mehrere Gründe:

Erstens die defekten Wasserleitungen, die bis zu 6.000 l pro Stunde verlieren können. Autowäsche erfolgt im Kosovo mit einem Dampfstrahle, der in einer Stunde soviel Wasser verbraucht wie eine vierköpfige Familie in 24 Stunden. Zudem „gießen“ Kosovaren die Straßen stundenlang um dem Staub Herr zu werden.

Doch auch in diesem Winter hat es kaum geregnet und der Stausee, der Pristina mit Wasser versorgt, ist fast völlig leer.

Auch in diesem Sommer kann die Wasserversorgung der Bewohner nicht garantiert werden.

## **b – Drogenmißbrauch**

Der Drogenmißbrauch – vor allem unter Jugendlichen - im Kosovo ist mittlerweile so hoch wie im Westen, mit dem Unterschied, daß es hier keinerlei Entziehungszentren oder sonstige medizinische oder psychologische Hilfen gibt.

Die neueste Entdeckung – in *Koha Ditore* veröffentlicht (26.3.2002) – ist schockierend: Man kann Marihuana in Streichholzschachteln in normalen Straßenkiosken für 5 € das Stück kaufen.

Pristina, den 16. April 2002  
Christina Kaiser

---

<sup>17</sup> KFOR Dialogue, 5. April 2002